Am 15. November 2000 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär⁸⁹:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 10. November 2000 betreffend das Büro der Vereinten Nationen in Burundi⁹⁰ den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von den in Ihrem Schreiben enthaltenen Informationen Kenntnis und schließen sich Ihrer Empfehlung an, das Mandat des Büros der Vereinten Nationen in Burundi bis zum 31. Dezember 2001 zu verlängern."

Ebenfalls am 15. November 2000 richtete der Präsident des Sicherheitsrats das folgende Schreiben an den Generalsekretär⁹¹:

"Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass Ihr Schreiben vom 9. November 2000 betreffend Ihre Entscheidung, den Auftrag von Ayité J. C. Kpakpo, dem Leitenden Berater des Moderators des Friedensprozesses von Burundi, bis zum 31. Januar 2001 zu verlängern⁹², den Mitgliedern des Sicherheitsrats zur Kenntnis gebracht worden ist. Sie nehmen von der in Ihrem Schreiben enthaltenen Entscheidung Kenntnis."

DIE SITUATION BETREFFEND DIE DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

[Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat auch 1997, 1998 und 1999 verabschiedet.]

Beschlüsse

Auf seiner 4092. Sitzung am 24. Januar 2000 beschloss der Sicherheitsrat, die Vertreter Ägyptens, Algeriens, Belgiens, Brasiliens, Burundis, Eritreas, Indiens, Israels, Japans, Kolumbiens, Lesothos, der Libysch-Arabischen Dschamahirija, Norwegens, Portugals, Südafrikas und der Vereinigten Republik Tansania einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes "Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, im Einklang mit dem im Verlauf seiner vorangegangenen Konsultationen erzielten Einvernehmen Salim Ahmed Salim, den Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, im Einklang mit dem im Verlauf seiner vorangegangenen Konsultationen erzielten Einvernehmen Sir Ketumile Masire, den Moderator des interkongolesischen Dialogs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung am 26. Januar 2000 beschloss der Rat, im Einklang mit dem im Verlauf seiner vorangegangenen Konsultationen erzielten Einvernehmen Ridha Bouabid, den Ständigen Beobachter der Internationalen Organisation der Frankophonie bei den Vereinten Nationen, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab⁹³:

⁸⁹ S/2000/1097.

⁹⁰ S/2000/1096.

⁹¹ S/2000/1099.

⁹² S/2000/1098.

⁹³ S/PRST/2000/2.

"Der Sicherheitsrat dankt den Staatschefs Angolas, der Demokratischen Republik Kongo, Mosambiks, Ruandas, Sambias, Simbabwe und Ugandas sowie den Außenministern Burundis, Kanadas, Namibias, Südafrikas und der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Belgiens, dem Beigeordneten Minister Frankreichs für Kooperation und Frankophonie, dem Staatsminister für auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und dem Minister für die Streitkräfte Malis, die an seiner Sitzung vom 24. Januar 2000 über die Situation in der Demokratischen Republik Kongo teilgenommen haben. Der Rat dankt außerdem dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit, dem Vertreter des derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und dem von der Organisation der afrikanischen Einheit benannten Moderator des interkongolesischen Dialogs. Ihre Anwesenheit und ihre Erklärungen belegen ihre erneute Verpflichtung auf die Waffenruhevereinbarung von Lusaka⁹⁴ und auf die Suche nach einem dauerhaften Frieden in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region. Ihre Anwesenheit in New York untermauert auch die Fortschritte, die am 16. Januar 2000 in Maputo auf dem Gipfeltreffen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika und am 18. Januar 2000 in Harare auf der Tagung des Politischen Komitees zur Durchführung der Waffenruhevereinbarung von Lusaka erzielt wurden. Der Rat geht davon aus, dass sich diese Fortschritte auf der nächsten Tagung des Politischen Komitees und auf dem nächsten Gipfeltreffen der Unterzeichnerstaaten der Vereinbarung fortsetzen werden.

Der Rat fordert alle Parteien der Waffenruhevereinbarung nachdrücklich auf, die Dynamik dieser Zusammenkünfte zu nutzen, um das für die vollinhaltliche Durchführung der Vereinbarung notwendige Klima zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Er unterstreicht die Wichtigkeit eines überarbeiteten Zeitplans für die vollinhaltliche und wirksame Umsetzung der in der Vereinbarung festgelegten Aufgaben.

Der Rat bekräftigt die territoriale Unversehrtheit und die nationale Souveränität der Demokratischen Republik Kongo, namentlich auch über ihre natürlichen Ressourcen, im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der Charta der Organisation der afrikanischen Einheit. In diesem Zusammenhang wiederholt er seine Aufforderung zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zum geordneten Abzug aller ausländischen Kräfte aus dem Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo im Einklang mit der Waffenruhevereinbarung. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Vereinbarung und bekräftigt außerdem seine Resolutionen 1234 (1999) vom 9. April 1999, 1258 (1999) vom 6. August 1999, 1273 (1999) vom 5. November 1999 und 1279 (1999) vom 30. November 1999.

Der Rat begrüßt den Bericht des Generalsekretärs vom 17. Januar 2000⁹⁵. Der Rat bekundet seine Entschlossenheit, die Durchführung der Waffenruhevereinbarung zu unterstützen. Er hat daher jetzt mit der Prüfung einer Resolution begonnen, mit der die Erweiterung des derzeitigen Mandats der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo im Sinne der Empfehlungen in dem Bericht des Generalsekretärs genehmigt wird. Er bekundet seine Absicht, auf dieser Grundlage rasch tätig zu werden. Er bekundet außerdem seine Absicht, zu gegebener Zeit Vorbereitungen für eine weitere Phase des Einsatzes der Vereinten Nationen und weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Er begrüßt die Erklärungen, die die Staatschefs und die Delegationsleiter in Unterstützung der Vorschläge des Generalsekretärs abgegeben haben. Der Rat begrüßt die Ankunft des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs in der Demokratischen Republik Kongo, verleiht seiner Unterstützung für dessen Anstrengungen Ausdruck und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, ihm die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche Hilfe und Kooperation zu gewähren.

⁹⁴ S/1999/815, Anlage.

⁹⁵ S/2000/30.

Der Rat unterstützt die Schaffung einer koordinierten Struktur der Mission und der Gemeinsamen Militärkommission mit zusammengelegtem Hauptquartier und gemeinsamen Unterstützungsmechanismen. Der Rat ist der Auffassung, dass dies ein wesentlicher Schritt ist, um die Vereinten Nationen besser zur Unterstützung der Waffenruhevereinbarung zu befähigen. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die Mitgliedstaaten und die Geberorganisationen nachdrücklich auf, der Kommission auch weiterhin Hilfe zu gewähren.

Der Rat unterstreicht, dass es unbedingt notwendig ist, die Sicherheit und den Zugang des zur Unterstützung des Prozesses von Lusaka entsandten Personals der Vereinten Nationen zu gewährleisten, und betont, dass ein solches Klima der Zusammenarbeit eine unerlässliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Mandats der Mission in der Demokratischen Republik Kongo ist. Der Rat fordert alle Unterzeichnerstaaten der Waffenruhevereinbarung auf, dem Personal der Vereinten Nationen und dem beigeordneten Personal Sicherheit und Bewegungsfreiheit zuzusichern, und erachtet in diesem Zusammenhang die Erklärung des Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo über die Sicherheit der Mission und des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für bedeutsam.

Der Rat betont, wie wichtig der in der Waffenruhevereinbarung vorgesehene nationale Dialog ist, und erklärt, dass es sich dabei um einen offenen, alle Seiten einschließenden und demokratischen Prozess handeln muss, den das kongolesische Volk im Rahmen des bestehenden Vermittlungsprozesses unabhängig durchführt. Er erklärt ferner, dass der nationale Dialog der beste Weg für alle kongolesischen Parteien ist, sich mit der politischen Zukunft der Demokratischen Republik Kongo auseinanderzusetzen.

Der Rat unterstützt mit Nachdruck die Benennung von Sir Ketumile Masire, dem ehemaligen Präsidenten Botsuanas, zum Moderator des in der Waffenruhevereinbarung vorgesehenen nationalen Dialogs und fordert die Mitgliedstaaten auf, seine Bemühungen ebenso wie den gesamten Prozess finanziell und anderweitig in vollem Umfang zu unterstützen. Der Rat begrüßt es, dass sich der Präsident der Demokratischen Republik Kongo bereit erklärt hat, den nationalen Dialog zu eröffnen und die Sicherheit aller Beteiligten zu garantieren.

Der Rat betont, dass die Vereinten Nationen und die anderen Organisationen ihre humanitären Hilfsmaßnahmen sowie die Förderung und Überwachung der Menschenrechte unter annehmbaren Bedingungen hinsichtlich Sicherheit, Bewegungsfreiheit und Zugang zu den betroffenen Gebieten fortsetzen müssen. Der Rat verleiht seiner ersten Besorgnis über die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo sowie über die unzulänglichen Reaktionen auf den konsolidierten humanitären Beitragsappell der Vereinten Nationen Ausdruck. Er fordert die Mitgliedstaaten und Geberorganisationen daher nachdrücklich auf, die erforderlichen Mittel zur Durchführung dringender humanitärer Maßnahmen in der Demokratischen Republik Kongo zur Verfügung zu stellen.

Der Rat verleiht seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass die Anwesenheit bisher nicht demobilisierter bewaffneter Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo, die die Vereinbarung nicht unterzeichnet haben, eine Bedrohung des Prozesses von Lusaka darstellt. Der Rat stellt fest, dass Entwaffnung, Demobilisierung, Wiederansiedlung und Wiedereingliederung zu den grundlegenden Zielen der Waffenruhevereinbarung gehören. Der Rat unterstreicht, dass ein glaubwürdiger Plan für die Verwirklichung dieser Ziele auf einem einvernehmlichen umfassenden Grundsatzkatalog beruhen muss.

Der Rat verleiht seiner ersten Besorgnis über den unerlaubten Zustrom von Waffen in die Region Ausdruck und fordert alle Beteiligten auf, diesem Waffenzustrom ein Ende zu setzen.

Der Rat schätzt die Führungsrolle, die der Präsident Sambias in dem Friedensprozess nach wie vor wahrnimmt, sowie den wesentlichen Beitrag, den die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika über ihren Vorsitzenden, den Präsidenten

Mosambiks, auch weiterhin leistet. Er dankt außerdem dem derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit, dem Präsidenten Algeriens, sowie dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit für die außerordentlich wichtige Rolle der Organisation in dem Prozess von Lusaka. Er legt ihnen eindringlich nahe, ihre unverzichtbaren Anstrengungen in enger Zusammenarbeit mit dem Rat und dem Generalsekretär fortzusetzen."

Auf seiner 4104. Sitzung am 24. Februar 2000 beschloss der Rat, die Vertreter der Demokratischen Republik Kongo und Portugals einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

"Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo

Bericht des Generalsekretärs über die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (S/2000/30)".

**Resolution 1291 (2000)
vom 24. Februar 2000**

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1234 (1999) vom 9. April 1999, 1258 (1999) vom 6. August 1999, 1273 (1999) vom 5. November 1999, 1279 (1999) vom 30. November 1999 und seine anderen einschlägigen Resolutionen sowie die Erklärungen seines Präsidenten vom 13. Juli⁹⁶, 31. August⁹⁷ und 11. Dezember 1998⁹⁸ sowie vom 24. Juni 1999⁹⁹ und vom 26. Januar 2000⁹³,

in Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Verpflichtung aller Staaten, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

sowie in Bekräftigung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo und aller Staaten in der Region,

ferner in Bekräftigung der Souveränität der Demokratischen Republik Kongo über ihre natürlichen Ressourcen und besorgt über Berichte über die illegale Ausbeutung der Ressourcen des Landes und über die möglichen Folgen dieser Aktivitäten für die Sicherheitsbedingungen und die Fortsetzung der Feindseligkeiten,

mit dem Ausdruck seiner nachdrücklichen Unterstützung für die am 10. Juli 1994 unterzeichnete Waffenruhevereinbarung von Lusaka⁹⁴, welche die tragfähigste Grundlage für eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Demokratischen Republik Kongo darstellt,

mit der erneuten Aufforderung zum geordneten Abzug aller ausländischen Kräfte aus dem Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo im Einklang mit der Waffenruhevereinbarung,

feststellend, dass sich alle Parteien der Waffenruhevereinbarung verpflichtet haben, alle Mitglieder aller in Anhang A Kapitel 9.1 der Waffenruhevereinbarung genannten bewaffneten Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo ausfindig zu machen, zu identifizieren, zu entwaffnen und zu versammeln, und dass sich alle Herkunftsländer dieser bewaffneten Gruppen verpflichtet haben, die für ihre Rückführung notwendigen Maßnahmen

⁹⁶ S/PRST/1998/20.

⁹⁷ S/PRST/1998/26.

⁹⁸ S/PRST/1998/36.

⁹⁹ S/PRST/1999/17.